

Neue Pödzner Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint täglich früh, an Tagen, die auf Sonn- und Festtage folgen, abends: Abonnementspreis: monatlich 800 Mk., mit Zustellung, wöchentlich 200 Mk., per Post bezogen 200 Mk., Ausland 200 Mk., monatlich, Vertretungen: Alexandrow Salin, Pansia; Warsauer Anzeigerbüro, Reichbahn 8, Konstantinow; Schiller, Babianice; G. Kell, Bismarck-Platz; D. Wolff, Biala; Kach, Miast.

Redaktion und Geschäftsstelle
Petrikauer-Straße Nr. 15.
Telephon Nr. 283.

Inserate kosten: 8-spaltige Nonpareille oder deren Raum 40 Mk., Stellenausschlag 30 Mk., Ausland 3 Mk., deutsche Währung, Restant. u. Inserate im Text od. auf der 1. Seite (bzw. 10. Seite) 180 Mk., Ausland 12 Mk. (deutsche) Raum der Nonpareille. Einzel. 200 Mk., 2. Korpusseite. Bei Familien-Schlagung u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Maßgabe aufplatziert, es können aber besondere Abmachungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dabinnebenenden Stellen. — Inseratannahme durch alle Annoncen-Büros.

Nr. 286.

Montag, den 17. Oktober 1921.

20. Jahrgang.

Die Völkervereinigung = Konferenz bestätigte die Teilung Oberschlesiens.

Paris, 16. Oktober. (Pat.) Gavas. Die Völkervereinigung-Konferenz nahm den Beschluss des Völkerbundes in Sachen der Grenzlinie in Oberschlesien, sowie in Sachen der wirtschaftlichen Maßnahmen an. Auf der Montagssitzung wird die Völkervereinigung-Konferenz einen Beschluss betreffend die Durchführung der Anordnungen des Völkerbundes fassen.

Paris, 16. Oktober. (Pat.) Gavas. Der Beschluss des Völkerbundes wurde der internationalen Kommission in Doppelamt mitgeteilt. Zuvorberachtet dessen kann die Kommission zur Prüfung der Maßnahmen schreiten, die mit der Durchführung des Beschlusses im Zusammenhang stehen.

Paris, 16. Oktober. (Pat.) Gavas. Nach einstimmiger Annahme der grundsätzlichen Punkte des Beschlusses des Völkerbundes wird die Völkervereinigung-Konferenz auf der Montagssitzung die Einzelheiten besprechen, die mit der Anwendung des Beschlusses im Zusammenhang stehen. Die Ansichten Frankreichs und Englands unterscheiden sich nur in Einzelheiten der Anwendung des Beschlusses. England ist der Ansicht, dass die Frage der Festlegung der Grenze sowie die Frage der wirtschaftlichen Verfassung in Oberschlesien mit einander eng verbunden sind. Frankreich vertritt dagegen den Standpunkt, dass der Vertrag den beiden interessierten Staaten lediglich die Pflicht auferlegt, die territoriale Teilung Oberschlesiens anzunehmen, zur Ausnahme der wirtschaftlichen Konvention sei Polen nicht verpflichtet. Frankreich schlägt deshalb vor, dass die Völkervereinigung-Konferenz nach der Notifikation des Völkerbundes, die beiden Regierungen aufzufordern soll, ihre Vertreter zur Führung der Verhandlungen in Sachen der industriellen Entwicklung in Oberschlesien sowie Delegierte zu der gemischten administrativen Kommission zu ernennen. Die Völkervereinigung-Konferenz würde dann einen neutralen Vorsitzenden ernennen. Diese provisorischen Anordnungen könnten in der Zukunft abgeändert oder nach gegenseitiger Verständigung aufgehoben werden. Einige dieser Anordnungen bringen den deutschen Interessen große Vorteile, so dass anzunehmen ist, dass Deutschland sie akzeptieren werde. Polen kann die Annahme dieser provisorischen Anordnungen nicht ablehnen, weil es gemäß dem Art. 90 des Vertrages verpflichtet ist, die Ausführung der Gruben-Erzeugnisse nach Deutschland zu gestalten. England vertritt ferner den Standpunkt, dass die wirtschaftlichen Verhandlungen länger als einen Monat dauern können, gerechnet vom Tage der Bekanntmachung der Notifikation, nach welchem Termin die Vollmachten der internationalen Kommission in Doppelamt eintreffen. Da die monatliche Frist durch den Vertrag festgelegt wurde, so dürfen diese Fristen nicht überschritten werden. Um den hieraus entstehenden Schwierigkeiten vorzubeugen, schlägt England vor, die Notifikation in einem späteren Termin, nach der Durchführung der polnisch-deutschen Verhandlungen, bekannt zu machen. Diese Projekte würde die Anwesenheit der verbundenen Gruppen in Oberschlesien verlängern. Aus diesem Grunde wird der englische Vorschlag, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht bestätigt und der Vertreter Englands ermächtigt, das französische System anzunehmen.

Paris, 16. Oktober. (Pat.) Gavas. Valfour, der englische Delegierte in der Völkervereinigung, äußerte sich einigen Pressevertretern gegenüber, dass der Beschluss in Sachen Oberschlesiens von seinen Kollegen und von ihm ohne Vorbehalt, als die beste Lösung dieser komplizierten Frage, gefasst worden sei. Valfour widerlegte alsdann alle Gerüchte, die die Völkervereinigung als ein Werkzeug des Obersten Rates darstellten. Der Beschluss sei vollständig unabhängig gefasst worden. Valfour drückte dann die Überzeugung aus, dass nach Überwindung der mit der Teilung des Industriebezirks verbundenen Schwierigkeiten, das proponierte wirtschaftliche System von beiden Staaten eingeführt werde. Zum Schluss gibt der englische Delegierte Deutschland den Rat, dass Genfer Artikel anzunehmen, wenn die Deutschen Gewalt anwenden wollten, so würden sie einen verwerflichen Weg einschlagen.

Paris, 16. Oktober. (Pat.) Die Blätter besprechen die Genfer Resolution und nennen sie gerecht. Die Presse unterstreicht die vollständige Einmütigkeit der französischen und englischen Regierung und bemerkt, dass diese Eintracht den Weg ebnet, zu einer gemeinsamen Arbeit aller Verbündeten an dem Aufbau von Europa. Die Presse spricht die Hoffnung aus, dass das Kabinett Wirth, insofern der Einmütigkeit der Verbündeten sich gegen den Beschluss nicht anschließen und sich bemühen wird, das Vertrauen, welches die Verbündeten ihm entgegenbringen, zu erhalten. Die Presse konstatiert ebenfalls, dass die Lösung der Oberschlesischen Frage frei von Einflüssen einzelner Regierungen war.

Chorzeja, 16. Oktober. (Pat.) Die englische Presse berichtet die politisch-ökonomischen Verhältnisse auf dem letzten Territorium von Oberschlesien. Zwischen beiden Staaten müssen, nach der Meinung der Blätter, wirtschaftliche Verträge geschlossen werden, die die normale wirtschaftliche Beziehungen sicherstellen würden. Die Frage der nationalen Minderheiten muß ebenfalls in entsprechender Weise reguliert werden. Von großer Wichtigkeit ist ebenfalls die Festlegung des Emigrationsrechtes. Alle diese Fragen müssen reguliert werden auf Grund unmittelbarer Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen. Wahrscheinlich wird eine gemischte Kommission, die in der Genfer Resolution vorgesehen ist, mit diesen Fragen beauftragt werden.

Erordnung eines polnischen Delegierten in Moskau.

Moskau, 16. Oktober. (Pat.) Gestern in der Nacht wurde der Sekretär der polnischen Delegation in Sachen der Repatriation Fraczko in ein durch einen Dolmetsch in den Hals ermor-det. Die Untersuchung ist im Gange.

Eine neue russische Herausforderung.

Die estnischen Konsulatsangehörigen in der Heim, die zusammen mit dem Konsul S. Timse zu Anfang dieses Jahres verhaftet und nach Moskau gebracht wurden, sind nach halbjähriger Gefangenschaft auf Beschluss der Eskadra vom 18. August für Verbindung mit Wangell zu 2 Jahren Haft im Konzentrationslager verurteilt worden. Angleich hat die Eskadra dem Außen-Kommissariat vorgeschlagen, sie gegen in Estland verhaftete russische Spione und Agenten auszutauschen.

Da der Beschluss eine unerhöhten Bruch des Völkerrechts bedeutet, will das estnische Außenministerium nach genauerer Information mit einer Note vorstellig werden.

Die russisch-deutschen Beziehungen.

Aus Moskau wird berichtet: In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Iswestia“ erklärte der deutsche Vertreter in Russland, Geheimrat Wiedenfeld, er sehe seine Aufgabe in der Ausbesserung enger und dauerhafter Wirtschaftsbeziehungen, die später auch zu politischen Beziehungen führen sollten. Er stütze die Diktatur des Proletariats in Russland unvoreingenommen gegenüber und glaube, dass man aus dem revolutionären russischen System manches lernen könne.

Die praktische Verwirklichung des deutsch-russischen Abkommens werde nach längere Verhandlungen erforderlich. Die deutschen Wirtschaftskreise hätten kein Interesse für die innerpolitischen Angelegenheiten der Republik, doch müßten sie die nötigen Sicherungen für ihre Kapitalanlagen in Russland verlangen. Es werde nicht leicht sein, private Organisationen unter Aufsicht der ungebundenen privaten Initiative heranzuziehen. Vorläufig käme hauptsächlich die Einfuhr von Maschinen und Transportmitteln in Betracht, worauf später der Bau ganzer Werke erfolgen könne. Vor allem müsse dem Transport alle Aufmerksamkeit zugewendet werden, um dem wirtschaftlichen Aufschwung freie Bahn zu geben.

Der Hilfstransport des deutschen roten Kreuzes, der bereits in Petersburg eingetroffen sei, gehe jetzt auf Wunsch der Sowjetregierung nach Kasan. Hilfe solle der gesamten Bevölkerung des Wolgarebietes erwiesen werden, wobei eine besondere Unterstützung für die autonomen deutschen Wolgastolonien nicht geplant sei.

Prof. Wiedenfeld betonte, dass die Sowjet-Regierung sich den Vertretern des deutschen roten Kreuzes gegenüber durchaus entgegenkommend verhielten und ihnen jede Unterstützung gewährten.

Die Hölle der bolschewistischen Henker.

Der bekannte russische Dichter Merschkowski wendet sich mit einem Brief russischer Mütter an die Öffentlichkeit. Dieser Brief ist erschütternd in seiner furchtbaren Anklage gegen die bolschewistischen Mörder des russischen Volkes. Es heißt darin u. a.:

Mütter! Nimm unsere Kinder! Nimm sie aus unserer Hölle, solange in ihnen noch die Kraft ist, zu wachsen und zu leben. Die Kraft, wie alle

andere Kinder zu sein, die laut vor ihren Vätern und Brüdern sprechen dürfen, ohne Angst, zu Tode gequält zu werden, weil sie nicht Kinder von Henkern sind! Die lernen können. . . . Täglich essen! Welt Gottes, entziehe sie den Händen der Götzen und Henker!

Erbarmer auch hier, die keine der Fremden kennen, die dem Kinde des letzten Welters in den anderen, glücklicheren Ländern zugänglich sind!

Was wird aus ihnen, wenn wir, die Mütter vor ihnen sterben und sie hier allein lassen. . .

An uns soll ihr nicht denken. Unersetzbar ist uns alles gleich. Für uns gibt es keine Rettung. Wir hoffen nicht mehr, von hier herauszukommen. Wir werden aber das einzige Glück der Mütter genießen, welche wissen, daß es ihren Kindern gut geht. Wir werden von jedem Glück satt sein, das wir mit geistigen Augen in den Händen unserer Kinder sehen werden, wenn sie einmal von hier sind. Wir werden es warm haben. Wir werden uns hier nicht mehr fürchten, wenn wir wissen, daß sie außerhalb der Gefahr sind. Und selbst der Tod wird uns eine Freude sein, denn wir glauben, das unsere Seelen sehen werden, wie sie zu christlichen Menschen, die ihre Heimat lieben, heranwachsen. Auch, ihr Menschen der ganzen Welt, gilt unser letztes Bitten: Kommt, um unsere Kinder zu holen. Nehmt sie schneller von hier.

Jede Stunde raubt die Kräfte. Kinder, ihr glücklichen Kinder glücklicher Länder! Mittel auch für unsere Kinder. . .

Wir wagen nicht, unsere Namen zu unterschreiben. Wir wagen sogar nicht zu sagen, in welchem Teile des unglücklichen Russland unser Leben dahingeht, um nicht den Born der Henker herauszubekommen. Aber wenn wir hören, daß die Welt Voten geschickt hat, um unsere Kinder zu holen, werden wir sie selbst zu euch bringen, und keine Macht auf Erden wird uns hindern oder zurückhalten können.

„Gibt es!“ Darunter stehen, so bemerkt Merschkowski, statt Unterschriften 44 Kreuze, mit Kohle, Bleistift und Blut geschrieben; zwei mit Tinte und zehn mit Blut.

Dazu bemerkt der russische Dichter, der etwas an sich hat von der Kraft eines Seheres:

Hört ihr es? Eine solche Liebe, einen solchen Schmerz hat es auf Erden noch nicht gegeben. Um was flehen die Mütter? Um Brot für ihre Kinder, die des Hungers sterben? Nein, nicht um Brot. Sie wissen es ebenso wie wir Mütter, die das, was in Russland vorgeht, bis ans Ende begriffen haben, daß man den zu Tode Verurteilten nicht durch die Hand des Henkers, das Opfer nicht durch die Hand des Mörders retten kann, daß man die Höllequalen nicht abstellen kann, solange die Gequälten in der Hölle bleiben, daß man mit dem Teufel einen Pakt schließen kann!

Menschen! Es gibt ja doch noch Menschen auf der Welt, nicht alle diese Teufel oder Tiere. Begreift es Menschen: nicht um Brot für ihre hungernden Kinder flehen die russischen Mütter, sondern um etwas Götteres: daß ihr ihre Kinder aus der Hölle nehmt und den Händen des Teufels entzieht. Begreift doch: in Russland sind jetzt Sklaverei und Hunger dasselbe; dasselbe auch Freiheit und Brot. Soviel Brot ihr auch den Hungernden schickt, ihr werdet sie nicht sättigen, ihr werdet nur den Hunger vergrößern, nicht das Opfer, sondern die Henker reizen, die Schlinge nicht lösen, sondern nur zuziehen. Ihr könnt nicht dem Eingekerkerten ein Stück Brot ohne Einverständnis des Kerkermeisters schicken; und selbst, wenn ihr es könntet, werdet ihr sie doch nicht von der Höllequal befreien. Nicht ich sage das euch, das sagen die Mütter der Kinder, die des Hungers sterben. Sattle Sklaven sein, den Körper retten und die Seele zugrundegehen — die Kinder dürfen nicht laut vor ihren Vätern und Brüdern sprechen, aus Angst zu Tode gequält zu werden, weil sie nicht Kinder von Henkern sind! — das ist die Hölle, das ist der Tod, schlimmer als alle Tode. Tägt also nicht, ihr Menschen, belügt nicht euch selbst und die anderen, sagt nicht, daß ihr die Menschen aus Menschenliebe in der Hölle lasst und Gott zuliebe mit dem Teufel paktiert.

Amerika annulliert Martenssche Ränke?

Aus New-York werden die Berliner russischen Zeitungen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Bekanntmachung veröffentlichte, wonach alle Geschäfte, die in Amerika von dem aus den Vereinigten Staaten ausgewiesenen Vertreter der Sowjet-Regierung, Martens, mit den amerikanischen Firmen gemacht wurden, für ungültig erklärt werden. Der Vorsitzende des Bundes für den Handel mit Russland, Emerson Banning, der gegenwärtig in Russland weilte, telegraphierte der amerikanischen Regierung, daß Martens das Vertrauen der Amerikaner mißbraucht habe, und daß die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjet-Russland solange

nicht erfolgen könne, solange die Verwaltung Russlands sich in den Händen der Sowjet-Regierung befindet, da diese keinen Vertrag halten wolle.

Pessimistische Prophezeiungen für 1923.

Der „Daily Express“ äußert sich sehr pessimistisch zur Lage im Stillen Ozean und behauptet, überall in der Welt rechnen Staatsmänner, Bankiers, Geschäftsleute und Diplomaten mit der Wahrscheinlichkeit, daß es zwischen Japan und Amerika innerhalb kurzer Zeit zu einem Konflikt über die Herrschaft im Stillen Ozean kommen werde. Es sei fraglich, ob die bevorstehende Washingtoner Konferenz insstande sein werde, diese Gefahr zu beseitigen. Falls dies nicht gelinge, seien die britischen Interessen in Kanada, Australien und im Fernen Osten ernsthaft bedroht. Daher sei es eine Lebensfrage für England, in Washington von seinen besten Männern vertreten zu sein. Die kritische Angelegenheit sei eine Nebensache im Vergleich zu der Gefahr eines neuen Weltkrieges. Das Blatt weist schließlich auf die verschiedenen Gründe hin, die, sobald die Bewaffnung Japans genügend stark sein werde, nämlich ungefähre, im Jahre 1923, jeden Augenblick den Krieg einführen könnten. Diese Gründe sind die japanische Einwanderung in Kalifornien, die verlangte internationale Anerkennung der Konzeptionen, welche Japan während des Krieges verschiedenen chinesischen Völkern abzwang, sowie der militärische Geist in japanischen Kreisen. In diesem Kriege könne England nicht neutral bleiben.

Kanadas Interessen seien mit denen Amerikas verknüpft, obwohl Amerika alles getan habe, was Kanada unangenehm sei, und seinem Handel mit den Vereinigten Staaten allerdings Schwierigkeiten in den Weg lege. Australien protestiert gegen die Kündigung des Abkommens mit Japan. Dies sei in diesem Zusammenhang wichtig, da Australien sich darüber klar sei, daß, sobald die anglo-japanische Allianz nicht mehr existiere, der erste japanische Angriff nicht gegen Amerika, sondern gegen Guam, gegen die Philippinen und gegen Australien gerichtet würde. Daher müsse der Krieg verhindert werden, was nur möglich sei, wenn die Washingtoner Konferenz tatsächlich erfolgreich sei, und dabei müsse der beste Mann, über den England verfügt, es auf der Konferenz in Washington vertreten.

Bismarcks dritter Band.

Dieferfältigt legt man das 167 Seiten umfassende monumentale Werk auf der Hand. Die bitteren Empfindungen, die es auslöst, lassen den ästhetischen Genuß an dem wie in Granit gemeißelten Stil nicht auskommen. Man findet immer wieder nach, weshalb es so kommen mußte und wie es wohl gekommen wäre, wenn sich die Katastrophe vom 18. März 1890, der Sturz des Fürsten Bismarck, hätte vermeiden lassen. Katum? Man möchte nicht gern dieses blinde Walten des Geschicks nach mohammedanischer Art als leitenden Grundsatz der Weltgeschichte gelten lassen. Für den Deutschen klingt das Diktierwort anziehender und tiefer: „Sein Schicksal schafft sich selbst der Mensch!“ Unzweifelhaft, Wilhelm II., hat sich sein Schicksal vom 9. November 1918 selbst geschaffen, indem er am 18. März 1890 in rückfälliger Weise den Mann fallen ließ, dem er und sein Haus es zu verdanken hatten, daß sie die höchste Stufe irdischer Macht erklommen konnten.

Hier ist die Verkettung von Schicksal und Magie unverkennbar. Aber des Erfinders persönliches Schicksal ist ja zugleich zum Volksschicksal geworden. Hat hierbei nur das Katum blins gewaltet? Nein, auch hier nicht. Die Verkettung von Schuld und Unglück ist auch hier sichtbar. Ein Volk, das es gelassen hinnehmen, daß sein Größter wie ein lästiger gewordenen Handlanger brutal in die Wüste gestossen wurde, um später noch beinahe von die Schranken des Reichsgerichts als Hochverräter gestellt zu werden, verdient ebenfalls den Sturz vor der höchsten Macht in die tiefste Schmach und Dynastie macht.

Geradezu tragisch mutet es an, mit welchem verhaltenen Born, mit welcher Bitterkeit Fürst Bismarck seine Enttäuschung darüber andeutet, daß ihr nicht nur der Monarch, nicht nur der Minister, sondern auch das deutsche Volk, als er vor dem Abgrund des Sturzes stand, im Stiche gelassen hat. Katum? Nein, auch in diesem Falle nicht. Es fehlt auch hier nicht die tragische Schuld, die sich im entscheidenden Augenblick gezeigt hat. Bismarck selbst hatte das deutsche Volk zur Unterwerfung unter dem Willen des Monarchen erzogen. Er hatte die Stellung der Monarchie mit allen ihm zu Gebote stehenden reichen Mitteln des Geistes und der materiellen Gewalt erhöht und gefestigt. Er hatte in der gleichen Weise die Stellung des Parlaments geschwächt. Es durfte dies ungestraft tun, so laug er es mit einem Monarchen zu tun hatte, der, wie

Quantität der Zuckerteile 1. Gramme.